

Laibacher Zeitung.

Nr. 75.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganz.
fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Aufstellung ins Haus
halbj. 50 fr. Mit der Post ganz. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 4. April

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1 mal 60 fr.,
2m. 80 fr., 3m. 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr.,
3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel je 6m. 30 fr.

1870.

Amtlicher Theil.

Der k. k. Minister des Innern hat den Bezirkshauptmann Joseph Witzdalek zum Bezirkshauptmann erster Classe, dann die auf Bezirkshauptmannstellen eingereichten früheren Bezirksvorsteher Graf Kollowrat-Krakowsky und Johann Beith zu Bezirkshauptmännern zweiter Classe in Böhmen ernannt.

Der Handelsminister hat den Postdirektionsscretär Heinrich Proschek zum Postinspector bei dem Handelsministerium und den Postamtsverwalteradjuncten in Wien Heinrich Kamler zum Postdirektionsscretär ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Politische Uebersicht.

Laibach, 3. April.

Wie die „N. Fr. Pr.“ meldet, hat sich Ministerpräsident Ritter v. Hasner vorgestern Nachmittags mit dem Schnellzuge nach Pest begeben, um Sr. Majestät dem Kaiser über die letzten Ereignisse persönlich Bericht zu erstatten und die Ermächtigung des Monarchen für die im letzten Ministerrathe einstimmig beschlossenen Maßnahmen einzuholen. Die in letzterer Richtung gestern gebrachten Mittheilungen (siehe „Neueste Post“ im gestrigen Blatte) werden bestätigt und nur infofern berichtigt, als das Ministerium für jetzt nur die Auflösung des galizischen Landtages beabsichtigt. Auch die weitere Mittheilung, daß das Cabinet sein Verbleiben von der diesbezüglichen Entscheidung des Kaisers abhängig macht, wird bestätigt.

Auch der Reichskanzler, Graf Beust, hat sich vorgestern mit dem Schnellzuge nach Osten begeben.

In der gestrigen Reichsrathssitzung legte der polnische Deputirte Mackowicz gleichfalls das Reichsrathssmandat nieder. Der Antrag Tinti's, die durch den Austritt der Polen nothwendigen Ergänzungswahlen für den Resolutions- und Steuerreformausschuß nicht mehr vorzunehmen, wurde ohne Debatte angenommen. Die Notariatsordnung wurde nach kurzer Debatte en bloc angenommen.

Wie die „Presse“ berichtet, hat die Commission des Herrenhauses an dem Erwerbsteuergesetze zwei Punkte, und zwar über die Besteuerung der Consum- und Vorschußvereine und über den Maximalbetrag der Steuerfreiheit in der dritten Classe, abgeändert. Es sollen nämlich erstere als steuerfrei erklärt und in letz-

terer Beziehung die Erwerbsteuerfreiheit bis zur Bezugshöhe von 600 fl. ausgesprochen werden.

Über die Vorgänge in Swarow meldet ein Telegramm des Correspondenzbureaus vom 1. d. M.: In der Liebig'schen Fabrik zu Swarow, Tannwald, herrschte schon seit einigen Tagen eine Arbeiterbewegung, weshalb Gendarmerie daselbst concentrirt wurde. Wegen Verhöhnung der Gendarmerie und drohender Ansammlung wurden vom Bezirkshauptmann am 30. März zwei Compagnien aus Josephstadt requirirt, welche die Ansammlungen zerstreuten. Da Liebig trotz dringender Vorstellung des Bezirkshauptmannes hierauf die Fabrik zeitweilig sperre und Arbeiter entließ, entstand große Aufregung. Das Militär wurde insultirt und mit Steinen beworfen. Da eindringliche Mahnungen und Trommelschlag fruchtlos blieben, mußte geschossen und die Menge mit dem Bajonnet auseinander getrieben werden. Aus einem Hause fiel ein Schuß auf das Militär, einem Soldaten wurde das Bajonett mit der Haken herabgehalten. Vom Civil blieb 1 Mann tot, 3 wurden verwundet, vom Militär wurden 2 Mann leicht verwundet. Das Militär bewies eine exemplarische Geduld, das Feuer wurde vom Commandanten sogleich wieder eingestellt. In Tannwald griffen Arbeiter eine Patrouille an und packten die Bajonnette, worauf einige Arbeiter von Bajonettstichen leicht verwundet und die Excedenten verhaftet wurden. Zur Verstärkung wurden ein Bataillon von Josephstadt und 20 Gendarmen von Prag nach Swarow dirigirt.

Über die Arbeiterunruhen in Tannwald wird der Presse von dort geschrieben: „Nachdem schon längere Zeit hindurch Strikes und unruhige Auftritte in der Gegend stattgefunden hatten, versammelten sich am 31. März große Arbeitermassen aus den Fabriken von Tannwald und Swarow, zogen nach letzterem Orte und nahmen, als sie das dortig Etablissement vom Militär besetzt fanden, eine feindselige Haltung an. Sie insultierten das Militär und griffen dasselbe mit Steinwürfen und Stöcken an; die Soldaten verhielten sich anfangs blos abwehrend, sahen sich aber endlich gezwungen, mit gefülltem Gewehr die Menge zurückzudrängen. Zugleich fielen einige Schüsse, wobei leider der Verlust mehrerer Menschenleben und zahlreiche Verwundungen zu beklagen sind. Hierauf stob die Menge auseinander, drohte jedoch mit Wiederkehr in verstärkten Massen, weshalb weitere vier Compagnien Militär als Verstärkung herbeizogen wurden.“

Wie in Kürze bereits gemeldet, wurden am Morgen des 26. v. M. an den meisten Straßenecken zu Leitmischi Placate mit folgender Aufschrift angeheftet gefunden: „Rodáci, neplatíte dand, vyzente zídy a c. k. úrady, neb vás drou“ (Vandsleute, zahlt keine Steuern, jagt die Juden und die Behörden davon,

denn sie schinden Euch). Diese Placate wurden von den städtischen Polizisten sofort abgerissen und der Gendarmerie übergeben. Die Kunde von dem Auffinden derselben verbreitete sich jedoch blitzschnell in der ganzen Stadt und erzeugte allgemeine Entrüstung, denn die Bevölkerung ist von nationalen oder confessionellen Hetzereien, wie sie anderswo vorzukommen pflegen, selten behelligt. Die Steuern werden pünktlich bezahlt, die Behörden stets mit der ihnen schuldigen Achtung behandelt und auch den Israeliten gegenüber jene Duldung geübt, die einer intelligenten Bürgerschaft zielt und dem Grundsatz der vollständigen Gleichberechtigung aller Staatsbürger entspricht. Deshalb ist man auch überzeugt, daß das ganze Bubenstück nur von einem Einzelnen ausgeht, der den guten Ruf der Stadt in tendenziöser Weise verunreinigen wollte.

In einem Briefe der „Bohemia“ wird versichert, daß österreichische Episcopat werde, trotz Einschüchterungen und Bestechungsversuchen, worin Beidler die bittersten Erfahrungen gemacht, in der Opposition gegen die Infallibilisten ausharren.

Trotz der Versicherungen über die Zulassung eines französischen Botschafters zum Concil, erklärt der Pariser Berichterstatter der „Times“, sei es doch feststehend, daß der heilige Stuhl nichts davon hören wolle. Die betreffende Mittheilung datire vom 19. und könnte daher schon deshalb nicht von dem Marquis de Banneville mitgebracht worden sein, weil dieser am 18. von Rom abgereist sei. Uebrigens sei sie in der Form als eine Depesche an den päpstlichen Nunciis in Paris gehalten. Cardinal Antonelli setzte darin unter Anderem auseinander, daß die in den 21 Canones enthaltenen Lehren keineswegs neu, sondern schon zu verschiedenen Zeiten promulgirt worden seien. Neben dem formellen Actenstück seien auch mehr vertrauliche Auseinandersetzungen zur Kenntniß der französischen Regierung gebracht worden. In dem formellen Theil stellt der Batican den politischen Charakter des Concils in Abrede und macht nebenbei darauf aufmerksam, daß der geistlichen Versammlung gegenüber Frankreich gar keine Veranlassung habe, die Zulassung eines Gesandten zu verlangen. Warum überhaupt keine weltlichen Vertreter zugelassen werden, darüber erhalte Graf Daru vertraulichen Aufschluß durch den Hinweis, daß bei früheren Concilien die europäischen Mächte noch freundlich und selbst ergeben gewesen seien, während sie jetzt eine feindliche oder im besten Falle eine gleichgültige Haltung einnehmen. Der Marquis de Banneville sei persönlich als ein frommer Diplomat nicht unannehmbar, allein selbst er könne nicht wohl in einer Versammlung Einlaß finden, die unter der unmittelbaren Einwirkung des heiligen Geistes steht. So habe man sich denn entschlossen, alle Laien ohne Ausnahme auszuschließen.

Seuisseton.

Die schöne Marietta.

Novelle, aus dem Nachlaß Victor Noir's.

Andrea war ein großer und schöner Bursche, immer heiter und lachend; er hatte zuerst die Profession eines Abladers im Hafen ausgeübt, dann war er aber Fischer geworden; bei diesem Handwerk verdiente er fünf Francs des Tages. Andrea war ehrgeizig, er wollte Patron werden; zwei Jahre sparte er; als er einige tausend Francs besaß, kaufte er eine Barke und Netze und arbeitete für eigene Rechnung. Man mußte ihn sehen, wie er sein Ruder führte, seine Netze ausspannte, und diese Beschäftigung mit heitern Liedern begleitete, und wie die Wäscherinnen nach ihm schielten; er hatte für jede ein freundliches Wort, einen „guten Morgen“ für die alten, ein Lächeln für die jungen.

Nicht lange währt es, so bemerkte man, daß er Eine von ihnen vorgehe, eine hübsche Blondine von dreiundzwanzig Jahren. Eines Abends als sie ihre Arbeit beendet hatte, redete er sie am Quai an und sie sprachen lange miteinander.

Was sagten sie sich? kein Ohr war scharf genug, um es zu hören, nur bemerkte man an dem zweiten Tage, der auf dies Gespräch folgte, daß das Schiff des schönen Fischers am Hintertheil, in blauen Lettern auf weißem Grunde, die Worte: „Die schöne Marietta“ trug.

Marietta war der Name der hübschen Blondine. Das machte viel reden, aber das Geschwätz hörte auf an dem Tage, an welchem die Bathin der Barke deren glücklichen Besitzer heiratete. . . .

Zwölf Jahre sind seitdem verflossen. Andrea ist vierzig, Marietta fünfunddreißig Jahre alt; sie haben sechs Kinder, von denen das älteste elf, das jüngste drei Jahre alt ist. Es ist ein schlimmes Jahr gewesen; die Barke des Fischers hat während des ganzen Sommers das Ufer nicht verlassen, sie ist sehr alt und fast dienstuntauglich geworden. Was ist denn geschehen?

Andrea war erkrankt und hatte sechs Monate lang das Bett hüten müssen. Alle Ersparnisse waren auf Arzneien und die Besuche des Arztes daraufgegangen;

die Kinder mußten ernährt und gekleidet werden und tausend andere Dinge; da trat der Mangel ein, man

machte Schulden, aber nicht lange so verweigerten die Verkäufer den Credit, da kam das Elend; die Netze, die

Werkzeuge der Fischerei, die schöne Marietta sind

auf dem Punkt, gerichtlich mit Beschlag belegt zu werden, und der Verkauf wird wohl nicht lange anstehen.

Andrea befindet sich jedoch in der Genesung (wir sind in der Mitte des Februar) der Arzt hat gesagt: „Guten Wein, kräftige Fleischkost und Ruhe; das bedarf der Fischer noch, um sich zu erholen.“ Unglücklicher Weise

gibt es nicht einmal Brot im Hause.

Andrea steht auf, er geht hinaus und betrachtet die Seine, das Wasser ist hoch, das Ufer verödet, es ist gefährlich, sich allein auf den Strom hinaus zu wagen, aber da unten in der Mansarde sind die armen kleinen und hungrigen. Acht Tage lang fing Andrea

Fische in hinreichender Anzahl, um seine Familie zu ernähren. Am Sonntage war er sehr müde, er ging aber dennoch hinaus um zu fischen, brachte jedoch nichts nach Hause; an diesem Tage ist man nicht. Am Montag kam er um vier Uhr heim und brachte vierzig kleine Gründlinge mit, das Ganze mochte ein Pfund wiegen, die Kinder warteten nicht, daß man sie fieden ließ, sie verschlangen dieselben roh.

Der Fischer war ganz erschöpft, seine Kleider vollständig durchnäht, er legte sich nieder, konnte aber nicht schlafen; er weinte, der arme Mann, und seine Frau suchte ihm Muth einzuflößen. Gegen Mitternacht schlummerte er vor Müdigkeit überwältigt ein, trotzdem er von der Kälte ganz erstarrt war, aber da weckte ihn eine Stimme: „Vater, Väterchen,“ sagte die Stimme, es sind also kleine kleinen Fische mehr da? Vater, ich habe Hunger;“ und in der Dunkelheit erkannte Andrea die Stimme seines jüngsten Kindes, er stand auf und sagte: „Schlaf mein Georges, schlaf, ich gehe sie suchen.“ Auf diese Worte beruhigte sich das Kind, steckte sein blondes Köpfchen unter eine alte Decke und schlief wieder ein.

Marietta war aufgestanden, sie folgte ihrem Gatten. Die Straßen waren verödet, die Nacht dunkel. Die schöne Marietta knarrte an der Kette, mit welcher sie an das Ufer festgebunden war. Auf den Brücken huschten die Schatten schnell vorüber und wurden immer seltener; das Wasser wand sich mit einem dumpfen Geräusch unter den Brückengängen durch, gegen deren Pfeiler sich die Strömung grossend brach. Der Fischer spannte seine Netze aus, seine Frau ergriff das Ruder. Zwanzigmal warf Andrea sein Netz aus, zwanzigmal zog er es leer zurück.

Die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht die wichtigsten Stellen des Schema's de fide catholica und die abgeleiteten Canones, welche gegenwärtig im Concil berathen, demnächst zur Abstimmung und, wie sicher vorauszusehen, zur Annahme gelangen werden, und welche gegen den Materialismus, Atheismus und Pantheismus gerichtet sind.

Die „Patrie“ schreibt: „Mehrere Organe der deutschen Presse sprechen von der Wiederaufnahme der Luxemburg-Frage und melden, daß dieselbe auf dem Punkte stehe, zu sehr lebhaften Unterhandlungen Anlaß zu geben. Wir glauben in der That, daß diese Frage kürzlich in Berlin angeregt worden und schon im Begriff gewesen ist, wieder sehr bedeutungsvoll zu werden; aber die Ideen der Veröhnung haben, wie es heißt, den Sieg davongetragen und die Aufrechterhaltung des status quo ist von den beteiligten Mächten angenommen worden.“

Prinz Peter Bonaparte scheint einstweilen in Auteuil bleib zu wollen und nicht zu beabsichtigen, dem kaiserlichen Wunsche einer „Reise in das Ausland“ Folge zu leisten, was seinem Temperament entspricht, das ihn vor jeder Handlung zurücktrecken läßt, die man als „Mangel an Mut“ auslegen könnte. Uebrigens war, den verschiedenen Berichten zufolge, die Aufregung gegen seine Person in Paris keine geringe und beschränkte sich keineswegs auf die energischen Kundgebungen der Studenten, vor denen Professor Tardieu sich zurückziehen mußte. Nach einer Correspondenz der „Köln. Bzg.“ ging am 29. das Gericht in Paris, die Bevölkerung der Vorstädte wolle nach Auteuil ziehen und das prinzliche Haus in Brand stecken; allein bis jetzt ist von keinem Gewaltacte gegen die Freisprechung von Tours etwas bekannt geworden. Es wimmelt außerdem außerhalb und innerhalb des Hauses von uniformirten und nicht uniformirten Polizei-Agenten.

Die Wahl Ulric de Fontvielles, des Begleiters Noirs, der im Proceß gegen den Prinzen aussagte, zum Abgeordneten des Rhonedepartements für den gesetzgebenden Körper scheint gesichert zu sein.

In Creuzot haben neuerdings Zusammenrottungen stattgefunden. Weiber drangen in die Kohlenabladehütten ein, um die Arbeiter mit Gewalt zur Arbeits-einstellung zu zwingen. Die Rädelsführer schlieben die Frauen und Kinder voran, da es den gutgestalteten Arbeitern widerstrebt, gegen diese anzukämpfen. Das Militär zeigt fortwährend die äußerste Mäßigung, welche demselben anempfohlen wurde. Die Militärbehörden sind entschlossen, alles Blutvergießen bis auf's äußerste hintanzuhalten, und verlangten eine Escadron Cavallerie, um die Verstreitung der Zusammenrottungen zu erleichtern.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 31. März.

Die Sitzung wird erst vor $\frac{1}{2}$ 12 Uhr eröffnet. Die Galerien sind sehr voll, die Linke und das Centrum gut besetzt, die Rechte ganz leer. Nur die Abgeordneten Andriewicz, Hermet, Petrino und Hormuzaki nehmen auf dieser Seite Platz.

Die Minister: Herr von Hasner, Giska, Herbst, Brestl, Stremayer, Vanhans, sind im Hause anwesend. Sämtliche Polen, Slovenen, Görzer und Istrianner fehlen. Im Hause herrscht große Aufregung, es sammeln sich dichte Gruppen.

Vizepräsident Hopfen eröffnet die Sitzung.

(Die Abgeordnetenloge ist dicht gefüllt, wir sehen in derselben die Fürsten Czartoryski und Smolka). Um

Andrea fuhr fort, den Fluss in allen Richtungen zu durchsuchen, die Fische waren aber in der Tiefe und es war eine Unmöglichkeit, sie zu fangen. Das dauerte die ganze Nacht hindurch.

Als es Tag wurde, hielten sie, wie von einem gemeinsamen Impuls getrieben, inne; Marietta blickte, blaß und düster, in das vorüberfließende Wasser, ihr Gatte betrachtete sie; ohne ein Wort zu sagen, setzte er sich an ihre Seite nieder, zog die Ruder aus dem Wasser und legte sie in das Schiff, seine Frau ließ ihn gewähren. Ein Matrose, der sie kannte und der Zeuge dieser Scene war, rief sie an, sie schienen ihn aber nicht zu hören. Die Barke trieb rasch dahin, die Strömung führte sie auf einen Bogen der Solferinobrücke zu. Der Matrose befand sich an dem steilabfallenden Ufer und konnte ihnen unmöglich zu Hilfe kommen; er rief sie ein zweites mal, sie antworteten nicht.

Endlich hat das Schiff den Pfeiler erreicht, ein entsetzliches Krachen ertönt, Marietta hat sich bckreuzt, Andrea hält sie in seinen Armen. Der Matrose hörte einen lauten Schrei, ein Fluch und die Barke verschwindet mit ihrem Inhalt. . . .

Gestern kamen zwei Frauen, zwei barmherzige Schwestern, um die Kinder Andrea's zu holen; die kleinen Unglücklichen schienen den Verlust, den sie erlitten, zu begreifen. Sie folgten, ohne ein Wort zu sagen, den Schwestern, nur Georges wollte nicht gehen: „Väterchen hat mir gesagt, daß er Fische holen gehe, er wird zurückkommen,“ und Georges klammerte sich an den Möbeln fest.

Herbst und Rechbauer bildet sich ein dichter Kreis, in dem lebhaft discutirt wird. Es herrscht außerordentliche Aufregung. (Petrino verläßt den Saal). Der Ruthene Guszalewicz ist anwesend.

Es werden die eingelaufenen Petitionen verlesen.

Der Präsident verliest folgende ihm übergebene Erklärung des Abg. Grocholski:

„Die Verhandlungen des hohen Abgeordnetenhauses bei der Adressdebatte und das kurz zuvor veröffentlichte Memorandum jener Mitglieder der Regierung, die am Staatsruder verblieben, mußten den Unterfertigten die Überzeugung beibringen, daß die Majorität der Reichsvertretung und die Regierung von ängstlicher Besorgnis für politische Interessen eines Volksstamms geleitet, unter dem Namen des Festhaltens an der Verfassung und der Verfassungstreue die Verweigerung der von einzelnen Ländern angestrebten Erweiterung ihrer Autonomie förmlich zum Regierungssystem erhoben haben.“

Auch solche Erweiterungen, die in den einzelnen Fällen ausnahms- und bedingungsweise von ihnen selbst für zulässig erkannt wurden, wollte man nur als ein vom Reiche darzubringendes Opfer zugestanden wissen.

Daß dieses System anstatt zum Frieden und zur Verständigung nur zum neuen heftigen Kampfe zwischen den Nationalitäten der Monarchie führe und zuletzt entweder den Despotismus oder die Lahmlegung des Reiches herbeiführen müsse, war für die Unterzeichneten einleuchtend.

Es mußte doch an die Unterfertigten die Frage herantreten, ob es ihnen gezieme, Angesichts dieses neu inaugurierten Regierungssystems an den ferneren Arbeiten des Abgeordnetenhauses teilzunehmen. Die Rücksicht jedoch, daß das Gesetz über die Herresergänzung noch nicht beschlossen und der Staatsvoranschlag noch nicht votirt war, und daß sonach ihr Auftreten unter solchen Umständen auf den regelmäßigen Gang der Verwaltung in diesen zwei Lebensfragen für den Staat möglicherweise störend einwirken könnte, bewog die Unterzeichneten, auf ihren Plägen auszuhalten.

Während dieser Zeit blieben alle Bemühungen der Unterfertigten, um ein Abgehen von der eingeschlagenen verderblichen Richtung herbeizuführen, erfolglos. Die Ergebnisse der Ausschusserathungen über die in legaler Form des galizischen Landtages gestellten Wünsche lieferen nur noch einen neuen Beweis, daß bei diesem System die Befriedigung der Völker Österreichs in ihrem Begehr nach Erweiterung der Autonomie nicht anzuhoffen ist. Im Gegenteil ist nur zu oft das Bestreben hervorgetreten, selbst die den Ländern verfassungsmäßig gewährleistete Autonomie einzuschränken, welches Bestreben in den jüngst eingebrachten Vorlagen über die Nothwahlen seinen prägnantesten Ausdruck gefunden hat.

Jetzt sind jene Rücksichten, die uns Unterzeichnete zurückhielten, entfallen. Wir folgen somit unserer Überzeugung und legen, um dem galizischen Landtage die vollkommene Freiheit der Action zu wahren, am heutigen Tage unsere Mandate als Reichsrathabgeordnete zu Händen des galizischen Landesmarschalls nieder.

Indem wir das h. Präsidium ersuchen, diese unsere Erklärung zur Kenntnis des hohen Abgeordnetenhauses zu bringen, bleiben wir mit ausgezeichneter Hochachtung: Grocholski, Peter Groß, Apopowicz, Barwicz, Barborowski, Bodnar, Cienkski, Czaczłowski, Czajkowski, Czerkawski, Dittrich, Dzieworowski, Fihauer, Horodyski, Jablonowski, Jakobik, Kozmian, Koszynski, Szeleszynski, Sulikowski, Sawczynski, Tomus, Torosiewicz, Weigl, Wild, Wodzicki, Zybliewicz, Potocki, Krajanski.“

Der Präsident verliest eine zweite ihm übergebene Erklärung:

„Hohes Abgeordnetenhaus! Nachdem das hohe Haus durch das Votum über den Antrag des Abg. Petrino in der Sitzung vom 11. Februar d. J. ausgesprochen hat, daß dasselbe die Verständigung aller Länder und Nationalitäten anstrebt, auf die dauernde Constituirung des Reiches abzielende Vorschläge nicht einmal in Erwägung zu nehmen geneigt ist, nachdem dasselbe ferner durch den Eintritt in die Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Ergänzung des § 7 des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung (an dessen Zustandekommen nach allen früheren Vorgängen zu zweifeln nicht gestattet ist) im Begriffe steht, das wichtigste Recht der Landtage ohne deren Mitwirkung zu alterieren, daher den legalen Boden zu verlassen: Erklären die Gefertigten, da sie einerseits keinen Erfolg von ihrer weiteren Thätigkeit im hohen Hause erwarten können, andererseits jedoch allein die Schaffung eines Präjudizes für die unzweifelhaftesten Rechte ihrer Landtage verhindern, daß sie an den ferneren Arbeiten des Hauses keinen Anteil nehmen werden, indem sie sich reservieren, dieses Verhalten gegenüber ihren Landtagen zu rechtfertigen.“

Wien, 31. März 1870.

Petrino, Hermet, Toman, Barbo, Svec, Pintar, Lippold, Conti, Černi, Pajer, Colombari, Bidulich.“

Der Präsident erklärt, es werde das Geschäftsordnungsmäßige veranlaßt werden.

Abg. Klun: Ich bitte um's Wort.

Präsident: Eine Debatte ist nicht zulässig.

Abg. Klun: Ich bitte zu einer Erklärung. (Rufe: Reden.)

Abg. Klun: Ich ergreife das Wort zu einer Erklärung in meinem Namen und in dem des Abg. Grafen Margheri, die wir beide der Minorität des Krainer Landtags angehören. Wir erkennen keine Veranlassung, die Mandate niederzulegen, und glauben die Interessen des Landes besser zu vertreten, indem wir auf dem legalen Boden ausharren, und uns vorbehalten, wenn abträgliche Vorlagen zur Verhandlung kommen sollten, dieselben zu bekämpfen. (Bravo.)

Der Ruthene Abg. Gusalewicz erklärt ebenfalls, im Reichsrath zu verbleiben. (Beifall.)

Graf Margheri erklärt, daß seine Verwahrung gegen die Erklärung Toman's und sein Ausharren keineswegs auch die Zustimmung zum Nothwahlgesetz bedeute.

Justizminister Dr. Herbst ergreift das Wort und über gibt einen Gesetzentwurf über die Gerichtsbarkeit für die Landwehr, den er in Kürze begründet.

Das Haus, welches auch nach der Deception beschlußfähig bleibt, erledigt die weiteren Gegenstände der Tagesordnung.

Das Gesetz über die Organisation der Medicinalverwaltung wurde nach mehrfacher Debatte erledigt und in dritter Lesung bei Namensaufruf mit 109 gegen 9 Stimmen angenommen.

Dagegen stimmten: Dr. Dehne, Dr. Karl Wilhelm Dietrich, Dr. Hanisch, Vax, v. Mende, Dr. Rechbauer, Graf Spiegel, Baron Weichs, Baron Widmann.

Die vom Ausschusse beantragten Resolutionen auf Einbringung von Gesetzesvorlagen über das ärztliche Unterrichtswesen, über die allgemeinen Maßregeln zur Verhütung von Epidemien und Krankheiten überhaupt, über die Regelung des Apothekenwesens, über den Rechtsschutz der Geisteskranken, über die Regelung des Impfeswesens, über die Errichtung und Erhaltung von Gebär-, Findel-, Kranken- und Trenhäusern, ferner über die Einbringung einer Vorlage in den Landtagen, über die näheren Bestimmungen bezüglich der zur Ausübung der Gesundheitspolizei seitens der Gemeinden erforderlichen Einrichtungen, wurden ohne Debatte angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des confessionellen Ausschusses über das vom Herrenhause beschlossene Gesetz, betreffend die Geschäftigung von Personen, die keiner gesetzlich anerkannten Kirche angehören.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung conform der vom Herrenhause beschlossenen Fassung angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Verhandlung über den Bericht, betreffend die Regierungsvorlage bezüglich der Gesetze hinsichtlich der Gehalte der Professoren an den Staatsmittelschulen und an den weltlichen Facultäten der Universitäten, sowie die Pensionsbehandlung des Lehrpersonals der vom Staate erhaltenen Lehranstalten.

Abg. Dr. Rechbauer: Von der Regierung wird beantragt, die Gehalte der bei den vom Staate erhaltenen Mittelschulen angestellten Professoren und Lehrer zu reguliren. Mit der Tendenz dieses Antrages bin ich vollkommen einverstanden. Allein es tritt auch hier wieder eine Anomalie ein. Denn es heißt hier „an den vom Staate erhaltenen Mittelschulen.“ Nun erhalten aber auch mehrere Länder der Monarchie ihre Mittelschulen selbst und verwenden auf dieselben große Kosten. Diese Länder werden nun offenbar benachtheilt; denn sie müssen sowohl die Kosten ihrer eigenen Schule, sowie auch jene für die Kosten anderer Länder tragen. Besonders trifft dieses Steiermark, welches 170.000 fl. in dieser Richtung verwendet. Ebenso verhält es sich mit Böhmen. Den Unterricht will ich auf keine Weise gefährdet wissen, doch bin ich der Ansicht, daß in dieser Richtung die Ordnung herzustellen wäre. Ich schlage deshalb dem hohen Hause die Fassung einer Resolution vor, dahin gehend, daß die Regierung aufgefordert werde, eine Regelung einzuleiten, wodurch die Erhaltung der Mittelschulen in gleicher Weise geordnet werden soll.

Der Gesetzentwurf und Resolution werden ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung vom Hause zum Besluß erhoben.

Wien, 1. April.

Die Sitzung wird um $\frac{1}{2}$ 12 Uhr eröffnet. Den Vorsitz führt Herr v. Kaisersfeld.

Auf der Ministerbank: Dr. Herbst, Dr. Brestl, Dr. v. Stremayer, F. M. v. Wagner.

Die Wahl des Ausschusses zur Vorberathung des Berggesetzes wird vollzogen. Ferner die Wahl zweier Mitglieder in den Eisenbahnaußschuß an Stelle der ausgetretenen polnischen Abgeordneten.

Zum Behufe des Scrutinums wird die Sitzung unterbrochen.

Nach etwa halbstündiger Unterbrechung wurde die Sitzung wieder aufgenommen und zunächst das Resultat der Wahlen verkündigt.

Abgegeben wurden 116 Stimmzettel.

In den Eisenbahnaußschuß wurden gewählt Seßnerig und Graf Bedtwitz; in den Ausschuß zur Be-

rathung des Berggesetzes die Abgeordneten Kardasch, Tunner, Schier, Mandlblüh, Stamm, Lohninger, Dienstl, Schlägl und Lumbé.

Das Gesetz über die Gerichtsbarkeit für die Landwehr wird dem Strafgesetzausschusse zur Berathung zu gewiesen.

Der gestern gestellte Antrag Rechbauers, die Regierung möge dafür sorgen, daß das Verhältniß der Länder, betreffend die Tragung der Kosten der von denselben erhaltenen Mittelschulen und technischen Hochschulen derart geregelt werde, daß die Steuerträger aller Länder zur Tragung herangezogen werden, kommt zur Debatte.

Der Unterrichtsminister v. Stremayr erklärt sich mit dem Antrag prinzipiell einverstanden, obgleich er auf die verschiedene Stellung und Bedeutung solcher Institute hinweist.

Der Antrag Rechbauers wird bezüglich der Mittelschulen angenommen, bezüglich der technischen Hochschulen nicht.

Das Gesetz über die Gehalte der Professoren an den weltlichen Facultäten der Universitäten gelangt zur Berathung.

Abg. Schneider wendet sich bei § 1 dagegen, daß die theologischen Facultäten in diesem Gesetze gar nicht berücksichtigt wurden. Das Cölibat, auf das man sich hiebei berufe, sei kein Grund bei den Professoren der evangelisch-theologischen Facultät in Wien.

Redner stellt den Antrag, in § 1 zu setzen statt „weltlichen“ aller Facultäten“ eventuell beizufügen, „der evangelischen theologischen Facultät in Wien.“

Der erste Antrag ist unterstützt, der zweite nicht.

In der weiteren Berathung über die Gehalte der Professoren an den weltlichen Facultäten der Universitäten spricht der Abg. Bauer für den Antrag Schneiders, auch auf die theologischen Professoren die Gehaltsregulirung auszudehnen. Abt Helferstorfer unterstützt in längerer Rede diesen Antrag. Das Cölibat sei kein Grund für die Nichtberücksichtigung, denn sonst müßten auch alle ledigen Professoren, Alle, die eine reiche Frau geheiratet, einen niederen Gehalt erhalten. Redner beantragt für den Fall der Ablehnung des Schneiderschen Antrags eine Resolution: „Die Regierung wird aufgefordert, die Gehalte der Professoren an allen theologischen Facultäten entsprechend diesem Gesetze zu erhöhen.“

Baron Weichs beantragt eine Resolution: „Die Regierung wird aufgefordert, in der nächsten Session ein Gesetz vorzulegen, durch welches die in Folge des Concordates dem Staate auferlegten Beschränkungen bei der Ernennung und Entlassung der theologischen Professoren aufgehoben werden.“

Abg. Rechbauer reclamirt für den Staat auf das Entschiedenste das Recht, vollkommen frei über die Besetzung der Lehrkanzeln an den theologischen Facultäten zu verfügen. Er glaubt, daß schon das Staatsgrundgesetz diese Beschränkungen aufgehoben, gleichwohl solle und könne man der Resolution nur zustimmen.

Unterrichtsminister v. Stremayr schließt sich dem Antrag Helferstorfer's an. Er weist auf die verschiedenen und sehr abweichenden Gehalte der Professoren an den verschiedenen theologischen Facultäten hin, außerdem beruhen die Bezüge zum Theil auf verschiedenen Quellen, die erst genau geprüft werden müssen.

§ 1 wird unverändert angenommen, ebenso die Resolutionsanträge der Abg. Helferstorfer und Weichs, und der weitere Theil des Gesetzes. Auch das Gesetz über die Pensionsbehandlung der Lehrer an den vom Staat erhaltenen Lehranstalten wird angenommen.

Die Sitzung wird um 2 Uhr geschlossen.

Vom Landesvertheidigungs-Ministerium wird ein Gesetzentwurf eingebracht, betreffend die Anstellung ausgedienter Unteroffiziere im Civildienste, und vom Ministerium des Innern ein Gesetzentwurf über die Benützung des zur Beteiligung des Staatschatzes an dem dritten Theile der Kosten der projectirten Donauregulirung bewilligten Credits zur Erbauung einer Brücke über den Donau-Durchstich in der Richtung der Laiborstraße.

Die nächste Sitzung ist morgen.

Parlamentarisches.

Wien, 31. März.

Der Resolutionsausschuß

beriehlt heute das erweiterte Notwahlgesetz. Alinea 1 und 2 wurden über Antrag Baron Tinti's unverändert angenommen, Alinea 3 „das Mandat der so gewählten Abgeordneten erlischt gleichzeitig mit jenem der übrigen vom Landtage gewählten“ wurde unter Zustimmung des Justizministers Dr. Herbst abgelehnt, und zwar aus dem Grunde, weil dadurch etwas Neues geschaffen werde, während das Notwahlgesetz nur eine Ergänzung des § 7 der Staatsgrundgesetze sein sollte. An der Debatte über das Gesetz über die Anwendung des Gesetzes vom 29. Juni 1868 in Betreff der Durchführung von unmittelbaren Wahlen in das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes beteiligten sich die Abgeordneten Dr. v. Pergler und Baron Tinti, und wurde dasselbe unverändert angenommen und über Antrag des Letzteren beigefügt: Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes wurde der Minister des Innern beauftragt.

Wien, 1. April.

Dem in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Landesvertheidigungsminister eingebrachten Gesetzentwurf über die Verleihung von Anstellungen an ausgediente Unteroffiziere entnehmen wir folgende Bestimmungen:

Unteroffiziere, welche 12 Jahre, darunter wenigstens 8 Jahre als Unteroffiziere, im stehenden Heere oder der Marine oder in den Stämmen und Abtheilungen der Landwehr aktiv gedient haben und gut conduisirt sind, erlangen dadurch den Anspruch auf Verleihung von Anstellungen im öffentlichen Dienste, dann bei vom Staate subventionirten Eisenbahnen, Dampfschiff- und anderen Unternehmungen.

Den gleichen Anspruch, und zwar ohne Rücksicht auf die Anzahl der vollstreckten Militärdienstjahre, erlangen ferner Unteroffiziere und Gendarmen, die vor dem Feinde oder in Ausübung des öffentlichen Sicherheitsdienstes durch Verleihung militärdienstuntauglich geworden sind, ohne hiervon die Verwendbarkeit im Civildienste eingebüßt zu haben.

Ausschließlich für Militärs (§§ 1, 2, 3) sind ohne Unterschied der definitiven oder provisorischen Eigenschaft der Bedienstung vorbehalten:

a) Alle Dienerschafts- und Aufsichtsposten bei den k. k. Behörden, Gerichten und Amtmännern und bei jenen Anstalten, welche ganz oder zum Theile aus Staatsmitteln unterhalten werden, sowie

b) die in die Kategorie der Amts- und Kanzleidienner, des niederen Aufsichts- und Betriebsdienstes, bei den vom Staate subventionirten oder garantirten Eisenbahnen, Dampfschiff- und anderen Unternehmungen gehörigen Posten.

Italienische Concilsdebatte.

Florenz, 29. März. Bei der Debatte über das Budget des Ministeriums des Neuzerren wurde der Minister Bisconti-Benosta vom Deputirten De Boni bezüglich der Haltung der italienischen Regierung dem Concile gegenüber interpellirt. Die Antwort des Ministers, die auf die ganze Versammlung den günstigsten Eindruck machte, war folgende: „Ich habe es nicht nötig, die Haltung zu kennzeichnen, welche die frühere Regierung bezüglich des Concils in Rom zu beobachten für gut fand. Alle werden sich erinnern, daß den italienischen Bischöfen ohne allen Vorbehalt gestattet wurde, sich nach Rom zu begeben. Eine gleiche Haltung nahmen die anderen Regierungen ein, und auch das jetzige Ministerium wollte an derselben nichts ändern, denn sie erscheint als die einzige correcte, die beobachtet werden konnte. Einige werden einwenden, daß die augenblicklichen Beziehungen zwischen Florenz und Rom eine andere Haltung vorgeschrieben haben. Aber, meine Herren, ich glaube, daß dem nicht so sei.“

Ich bin vielmehr der Ansicht, daß der einzige Factor, der die Beziehungen des Staates zur Kirche bessern könnte, die Freiheit sei. Die freisinnigen Katholiken wissen die Grenzen der bürgerlichen und politischen Rechte im Staate und die Grenzen des Gewissens und des Glaubens zu würdigen. Ledermann konnte sich überzeugen, daß in Italien den Verhandlungen des Concils mit Ruhe entgegengesehen wird, und diese Ruhe hat ihren Ursprung in der Haltung der Regierung, zugleich aber auch in der Gewissheit, daß die Ausübung der bürgerlichen und religiösen Gerechtsame unter dem Schutze der Gesetze steht. Ich wiederhole es demnach, daß sich die Regierung in die Concilsverhandlungen nicht einmischt, daß sie aber keinen Act dulden werde, der geeignet wäre, unsere schwer erworbenen öffentlichen Rechte zu schmälern.

Die erleuchteten Katholiken sind die Ersten, die es beklagen, daß im Concil Theorien entwickelt werden, die sich dem Fortschreiten der modernen Gesellschaft entgegenstellen. Die langwierigen Kämpfe, welche die Freiheit mit Rom zu bestehen hatte, haben unser Volk gelehrt, die politischen Gewalten von den religiösen zu trennen. Ich wußte nicht, welche Ausgleichsversuche Italien zwischen Rom und den anderen katholischen Regierungen hätte einleiten sollen, um die Interessen der römischen Kirche nach allen Seiten hin zu wahren. Jeder denkende Katholik hat sich ja eben überzeugt, daß Rom an Macht gewonnen hätte, wenn es sich mit Italien versöhnt und eingesehen haben würde, daß es auf dem Wege zur Civilisation keinen Stillstand gibt und nicht zurückgegangen werden könne. — Anfangs waren alle Regierungen über das einzuhaltende Vorgehen gegenüber den Verhandlungen des Concils einig.

Die Deliberationen der Concilsväter nahmen aber später einen ernsteren Charakter an, und dies veranlaßte die französische Regierung, Stellung zu nehmen; ein Verfahren, welches zu beurtheilen ich mir nicht anmaße. Auf die Aufforderung des Pariser Cabinets, ein Gleiches zu thun, erging von der Florentiner Regierung die Erwiderung, daß sie von der Politik der Enthaltsamkeit nicht einen Schritt weichen wolle. Die Ausnahmszustände, in denen sich Italien befindet, überzeugten die Regierung, daß ein gemeinschaftliches Vorgehen gegen Rom uns nur Verlegenheiten bereiten würde. Wir haben mit Rom nichts zu verhandeln. Meines Erachtens wird nur dann die wahre Gewissensfreiheit in der Brust eines jeden Katholiken Wurzeln fassen, wenn die

Kirche auf ihrem eigenen Felde sich bewegen und wenn sie sich nicht in die Prärogative anderer einmischen wird.

Wir als Staat mängeln uns auch nicht in die theoretischen Streitigkeiten, die jetzt in Rom stattfinden. Wenn dort aber Beschlüsse gefaßt werden sollen, die dem öffentlichen Rechte in Italien widersprechen, so sind die Gesetze stark genug, um diese Beschlüsse zurückzuweisen. Ich begreife den Zorn der römischen Curie, aber die moderne Gesellschaft weicht nicht mehr zurück, sie geht mit den Fortschritten der Zeit weiter, und läßt sich durch nichts irre machen. Wir bleiben in unserer Reserve. Europa bewundert unsere Haltung, denn sie ist der Triumph unserer Ideen, und sichert nicht nur uns, sondern allen gebildeten Nationen den Sieg.“ (Großer Beifall). — Diese Rede des Ministers ist das Programm der liberalen Partei in Italien. Alle anderen Redner über das Concil zogen ihre Anträge zurück, bis auf Buoncampagni, über dessen Antrag die Kammer zur Tagesordnung überging. (Eggspr.)

Tagesneuigkeiten.

— (Schulvisitationen.) Wir haben wiederholt aus Tirol renitente Borgänge bei Schulvisitationen gemeldet; wir halten es daher für unsere Pflicht, auch die Mittheilung der Innsbrucker Blätter zu reproduzieren, daß der Bezirksschulinspector Daum auf seiner Inspectionsreise im Unter-Innthal bis jetzt nicht nur keinen Anstand gehabt hat, sondern an mehreren Orten freundlich und zuvorkommend aufgenommen worden ist. Ebenso konnten die Professoren Huber, Bingerle und Egger ihre Inspectionen in Brixen und Sterzing, am linken Etsch-Ufer und im ganzen Lechthal ungehindert vornehmen.

— (Böhmisches Musikanten allerorts.) Vor einigen Tagen langte in Prag eine Gesellschaft bekannter Musikanten an, die drei Jahre lang den Orient durchwandert. Wie sie versichern, befinden sich an nahezu allen Höfen indischer Fürsten böhmische Musikanten, welche fast ohne Ausnahme mit ihrem gegenwärtigen Rose höchstzufrieden sind.

— (Zur Warnung für Auswanderer.) Die „Bohemia“ heißt ein Schreiben eines in Chicago lebenden Böhmen mit. Darin heißt es: Die Geschäfte sind sehr schlecht, die Landesprodukte haben keinen Werth; das Gold fällt täglich und mit ihm hunderte von Geschäftleuten. New-York hat 105.000 Arbeiter ohne Verdienst, Philadelphia 50.000, Cincinnati 35.000, St. Louis 28.000, Chicago 20.000 beschäftigungslose Arbeiter. Verbrechen in allen Branchen und sich täglich mehrende Unsicherheit der Person, trotz der zahlreichen und guten Polizei, machen das Leben nicht sehr angenehm. Mord und Todtschlag, Raub, Einbruch, Diebstahl sind an der Tagesordnung. Neulich wurden in Chicago vom Assisengerichte 43 zu einem Jahre bis zu 30 Jahren Verurtheilte nach dem Staatsgefängnisse abgeführt. Seit Neujahr bis zum 13. Februar sind hier 14 Menschen gewaltsamen Todes gestorben. Der Sheriff Fischer, der einem Verurtheilten hängen sollte (in Illinois besteht die Todesstrafe), ist Tags vorher mit einem Ballermann aus der Stadt Prag durchgegangen mit Hinterlassung von 23.000 Dollars Schulden, seines Weibes und dreier Kinder. Allenfalls haben sich in Städten bereits bürgerliche Selbstverteidigungs- und Sicherheitscomites gebildet, damit diesem Unfug gesteuert werde.

— (Eine großmütige Engländerin) Namens Lady Milton, welche dieser Tage die Strafanstalt Neudorf besuchte, deponirte daselbst 1000 Pfund Sterling zur Anschaffung von Kleidungsstücken für mittellose Straflinge, welche die Anstalt wieder verlassen dürfen. Sie stellte nur die Bedingung, daß man für solche Freigelassene — schwarze Kleider wähle.

— (Hungeriobststatistiken.) Die englischen offiziellen Leichenbeschauer, deren Amt schon an und für sich kein gerade heiteres ist, schicken sich auf obrigkeitlichen Befehl an, ein ganz besonders trauriges Geschäft zu verrichten, Statistiken über alle Sterbefälle in Folge von Hungerthaus zu sammeln, welche ihnen während der letzten Jahre unter die Augen gekommen sind, und zu ermitteln, ob die Verstorbenen sich in jedem einzelnen Falle um Unterstützung an die Pfarrbehörden gewendet haben und mit welchem Erfolge.

Locales.

— (Landesschulbehörde.) In Ausführung des jüngst sanczionirten Schulaufsichtsgesetzes für Krain wurden in den Landesschulrat von der Majorität des Landesausschusses als dessen Vertreter die Herren Dr. Johann Bleiweis und Dr. E. G. Costa gewählt. Ferner als die beiden aus dem Lehrkörper zu wählenden Mitglieder der Oberlehrer an der St. Jakobsschule in Laibach Andreas Praprotnik und der hiesige Gymnasialprofessor Scholler der Regierung in Vorschlag gebracht.

— (Beamtenverein.) Gestern fand eine Localausschäftsitzung statt, in welcher innere Angelegenheiten verhandelt und die Abhaltung der Jahresversammlung des Vocalausschusses und des Vorschusconsortiums am 30. d. M. beschlossen wurde. Die Versicherungsabteilung des Beamtenvereins hatte im Jahre 1869 in Krain eine versicherte Capitalsumme von 34.700 fl., welche sich auf 36 Theilhaber (18 in Laibach, ebensoviel außer Laibach) vertheilt, aufzuweisen.

— (Zur Militärgrenzfrage) heißt die „Tagespresse“ mit, die cisleithanische Regierung habe die Forderung gestellt, daß die Sichelburger und Marienthaler Grenze mit dem Kronlande Krain, zu dessen Territorium dieselben ehemals gehört, wieder vereinigt werden, worüber noch keine Entscheidung erfolgte.

— (Eisenbahn Laibach-Josefthal-Carlstadt.) Die Bau-Unternehmer Brüder Klein haben in Verbindung mit dem Eisenbahn-Comité zu Laibach ein Project für eine Eisenbahn von Laibach nach Josefthal und Carlstadt ausgearbeitet, welches bereits dem k. k. Handelsministerium vorgelegt worden ist, und sind nunmehr behufs der Ausführung weiterer Terrainstudien, sowie zur Ver vollständigung des Projectes, welches sich auf ein ganzes Bahnhes in den südlichen Kronländern der Monarchie erstrecken soll, bei dem genannten Ministerium um die Be willigung zur Vornahme technischer Vorarbeiten für eine Eisenbahn von Laibach über Josefthal und Knin nach Spalato mit Zweigbahnen von Cernembl nach Carlstadt, dann von geeigneten Punkten der Hauptlinie nach Zara, Sebenico und Trau eingeschritten.

— (Für die freiwillige Feuerwehr) spendete der Gutsbesitzer Herr Schwarz auf Kroisenegg die Summe von 50 fl. mit dem Bemerkten: „da sie Leben und Vermögen des Menschen zu schützen berufen sei.“ Herr Schwarz gab bei dieser Gelegenheit seinem Befremden Ausdruck, daß diesem Unternehmen nicht allseitige Unterstützung zu Theil werde, und daß Laibach nicht schon längst ein solches Institut besitze.

— (Arbeiterbildungsverein.) Dem Verein nach wird eine Abänderung der Statuten in dem Sinne, daß auch die Verhandlung politischer Fragen in die Vereinszwecke einbezogen werde, beabsichtigt, und es soll in der am 24. d. M. stattfindenden Versammlung ein bezüglicher Antrag zur Verathung und Beschlusssfassung gelangen.

— (Schwere Verwundung.) Samstag Abends gerieten zwei über den Morast nach Hause fahrende Bauern, welche, wie es scheint, sich in der Stadt vom Schnapsteufel hatten versöhnen lassen, wegen einer geleerten Brauntweinflasche in einen Streit, der in Thälfteiten ausartete und endlich damit endigte, daß der eine der beiden seinen Opponenten mit dem Messer attackirte und ihm sieben Wunden beibrachte. Ueber die erstattete Anzeige wurde der Thatbestand von der städtischen Polizei constatirt. Die Verwundung ist eine schwere.

— (Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte Laibach.) Am 6. April. Josef Ahlin: Betrug; Josef Hren: Diebstahl. — Am 7. April. Blasius Schwert und Consorten: Diebstahl und öffentliche Gewaltthätigkeit; Jakob Kovacic: schwere körperliche Beschädigung; Anton Spilar: schwere körperliche Beschädigung; Valentin Šustar: Diebstahl; Peter Rak und drei Genossen: Diebstahl; Johann Taučar: Betrug; Alois Widmar: Diebstahl.

— Am 8. April. Alois Padar: Diebstahl; Mathias Anžić und Andreas Hočevič: schwere körperliche Beschädigung; Michael Kugej: Diebstahl; Marianna Sirc: Betrug.

— Der Bericht der Direction der k. k. priv. innerösterreichischen wechselseitigen Brandschaden-Versicherungs-Anstalt liegt unserem heutigen Blatte bei.

Neueste Post.

Wien, 2. April. Die „N. Fr. Pr.“ schreibt: In seiner heutigen Sitzung zog der Budgetausschuss die Petition der „Concordia“ und das Memorandum des deutschen Journalistentages wegen Abschaffung des Zeitungsstamps in Verhandlung. Finanzminister Brestel hielt einen längeren Vortrag, in welchem er sich über die Unthunlichkeit der Aufhebung schon für dieses Jahr aussprach, jedoch die Zusicherung gab, daß er bei Vorlage des nächsten Budgets einen Gesetzentwurf wegen Abschaffung des Zeitungsstamps und gleichzeitig einen anderen vorlegen werde, durch welchen der hiedurch entstehende namhafte Ausfall durch eine strengere Gesetz-

gebung über den Wechselseitstempel gedeckt werden soll, da bei diesem Einkommenszweige jetzt die empfindlichsten Benachtheilungen des Staatsräars vorkommen. In Folge dessen stand der Budgetausschuss von einer förmlichen Beschlusssfassung in dieser Frage ab und betraute nur den Abgeordneten Steffens mit der Berichterstattung im Hause in dem Sinne, daß derselbe die Schädlichkeit des Zeitungsstamps darlegen und der Regierung die Aufhebung desselben für das nächste Budget empfehlen wird.

Rom, 1. April. Ein Artikel der heutigen „Civilta Cattolica“ sucht nachzuweisen, daß der Papst zur Definition eines Dogma's nicht die moralische Stimmen-einhelligkeit der Concilsväter benötige, sondern daß die einfache Stimmenmehrheit genüge.

Telegraphische Wechselcourse

vom 2. April.

Spere. Metalliques 61.— — Spere. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 61.— — Spere. National-Anlehen 70.80. — 1860er Staatsanlehen 97.30. — Banalition 723. — Credit-Aktion 263.80 — London 124.40. — Silber 121.25. — R. 1. Ducate 5.86.

Das Postdampfschiff „Saxonia“, Capitän Heibich, welches am 9. März von Hamburg abgegangen, ist am 26. März wohlbehalten in New-York angekommen.

Handel und Volkswirthschaftliches.

Verlosungen vom 1. April.

(Creditloste.) Gezogen wurden nachstehende 16 Serien: Nr. 1089 1105 1335 1638 1688 1885 1888 1896 1897 2291 2539 2630 2957 3069 3080 3896. Aus diesen Serien fiel der Haupttreffer mit 200.000 fl. auf Serie 1089 Nr. 8, der zweite Treffer mit 40.000 fl. auf Serie 1105 Nr. 80 und der dritte Treffer mit 20.000 fl. auf Serie 2630 Nr. 34. Ferner gewinnen je 5000 fl. Serie 1335 Nr. 78 und Serie 3080 Nr. 56; je 3000 fl. Serie 1888 Nr. 4 und Serie 2539 Nr. 68; je 1500 fl. Serie 1089 Nr. 96 und Serie 2291 Nr. 42; je 1000 fl. Serie 1105 Nr. 37, Serie 1885 Nr. 34, Serie 1897 Nr. 39 und Serie 2291 Nr. 67; endlich gewinnen je 400 fl. Serie 1089 Nr. 27, Serie 1105 Nr. 19, 20, 66 und 95, Serie 1638 Nr. 61, 67, 79 und 94, Serie 1688 Nr. 26, 60, 76 und 84, Serie 1895 Nr. 4, 68, 91 und 98, Serie 1888 Nr. 10, 28 und 37, Serie 1896 Nr. 2, 15 und 22, Serie 1897 Nr. 46, Serie 2291 Nr. 65, Serie 2539 Nr. 11 und 18, Serie 2630 Nr. 38, Serie 3069 Nr. 72, 74, 78, 97 und 99, Serie 3080 Nr. 9, 61 und 66 und Serie 3896 Nr. 40. Auf alle übrigen in diesen 16 Serien enthaltenen und hier nicht besonders aufgeführten 550 Gewinn-Nummern entfällt der geringste Gewinn von je 75 fl. österr. Währ.

(1854er Rose.) Nummern der verlosten 26 Serien: 113, 270, 330, 420, 650, 791, 981, 1216, 1302, 1362, 1366, 1895, 2081, 2170, 2220, 2623, 2691, 2804, 2827, 2998, 3018, 3112, 3351, 3466, 3807 und 3857. Aus diesen Serien fiel der Haupttreffer mit 110.000 Gulden auf Serie 1366 Nr. 2; und der zweite Treffer mit 20.000 Gulden auf Serie 3857 Nr. 16. Auf alle übrigen in diesen 26 Serien enthaltenen und hier nicht besonders aufgeführten 1298 Nummern der Schulverschreibungen entfällt der geringste Gewinn von je 300 Gulden Conv.-Münze.

(Rudolfs-Rose.) Gezogen wurden nachstehende 27 Serien: Nr. 207, 440, 590, 610, 718, 1014, 1208, 1301, 1377, 1682, 1690, 1715, 1777, 1948, 1969, 2118, 2287, 2391, 2590, 2888, 3351, 3524, 3543, 9567, 3619, 3911 und 3956. Aus diesen fiel der Haupttreffer mit 20.000 Gulden auf Serie 1969, Nr. 28; der zweite Treffer mit 4000 Gulden auf Serie 1014 Nr. 44; der dritte Treffer mit 2000 Gulden auf Serie 1690, Nr. 27; ferner gewinnen je 400 Gulden: Serie 1208, Nr. 5 und Serie 1682 Nr. 24; je 250 Gulden: Serie 1777, Nr. 46, Serie 2888, Nr. 32 und Serie 3911, Nr. 38; je 100 Gulden: Serie 207, Nr. 32, Serie 610, Nr. 12, Serie 1014, Nr. 25, Serie 1969, Nr. 41 und Serie 2888, Nr. 22; je 50 Gulden: Serie 440, Nr. 12, Serie 590, Nr. 15, Serie 1208, Nr. 26, Serie 1682, Nr. 28, Serie 1948, Nr. 42 und 45, Serie 1969, Nr. 43, Serie 2118, Nr. 1, 13 und 29, Serie 3619, Nr. 24 und Serie 3911, Nr. 31; endlich gewinnen je 25 Gulden: Serie 207, Nr. 46, Serie 440, Nr. 10, 11 und 50, Serie 590, Nr. 11, Serie 610, Nr. 42 und 46, Serie 1208, Nr. 10 und 43, Serie 1301, Nr. 37, Serie 1377, Nr. 19 und 30, Serie 1682, Nr. 4 und 10, Serie 1690, Nr. 2, Serie 2118, Nr. 44 und 50, Serie 2391, Nr. 31 und 40, Serie 3351, Nr. 27, Serie 3543, Nr. 2, 30 und 39, Serie 3567 Nr. 35 und endlich Serie 3619, Nr. 38. Auf alle übrigen in den obigen Serien enthaltenen und hier nicht besonders aufgeführten 1300 Anteilscheine entfällt der geringste Gewinn von je 12 Gulden österreichischer Währung.

Börsenbericht. Wien, 1. April. An der Börse wurde nur in den gangbarsten Speculationspapieren gehandelt. Diese haben sich im Vergleich mit den Cursen von gestern Abends. Man notirte: Credit 289.30, 287.40, 288.40, Anglo 351.50, 348.50, Lombarden 237—236.40, 237.10, Tramway 209, 209.75, Vereinsbau 121—121.25. Die Mittagsbörse zeigte eine bemerkenswerthe Festigkeit. Die Speculationspapiere stiegen über die Notizen des Vormittags, die meisten anderen Effecten hielten die Curse von gestern Mittags fest, einige davon machten sogar weitere Avancen. Unverändert hielten sich die beiden Rentengattungen aus ihrer gestrigen Notiz, es war jedoch nur Silberrente im stärkeren Verkehr. Der Schluss war still, ohne daß ein bedeutender Rückgang in Couplinenpapieren erfolgte. Anlagspapiere, besonders Prioritäten, waren und blieben wenig in Nachfrage. Devisen auf Goldplätze vertheuerten sich etwas.

A. Allgemeine Staatschuld.

für 100 fl.

	Geld	Waare
Einheitliche Staatschuld zu 5 p.Ct. in Noten verzinsl. Mai-November	61.25	61.35
„ „ „ Februar-August	61.25	61.35
„ „ „ Silber „ Jänner-Juli	71.—	71.10
„ „ „ April-October	70.80	71.—
Steueranleihen rückzahlbar (§) (§)	98.75	99.—
„ „ „ 1854 zu 233.50	97.50	98.—
„ „ „ 1860 zu 250 fl.	91.—	91.50
„ „ „ 1860 zu 500 fl.	97.40	97.70
„ „ „ 1860 zu 100 fl.	105.25	105.75
„ „ „ 1864 zu 100 fl.	121.25	121.40
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. ö. W. in Silber	127.40	127.70

B. Grundentlastungs-Obligationen.

für 100 fl.

	Geld	Waare
Böhmen zu 5 p.Ct.	94.—	95.—
Galizien „ 5 „	74.50	75.—
Nieder-Österreich „ 5 „	97.—	98.—
Ober-Österreich „ 5 „	95.50	96.50
Siebenbürgen „ 5 „	75.50	75.75
Steiermark „ 5 „	—	—
Ungarn „ 5 „	79.25	79.75

C. Actionen von Bankinstituten.

Geld Waare

Anglo-österr. Bank abgesl.	350.—	351.—
Anglo-ungar. Bank	102.50	103.—
Bankverein	254.50	255.—
Boden-Creditanstalt	395.—	398.—
Creditanstalt f. Handel u. Gew.	289.30	289.50
Creditanstalt, allgem. ungar.	91.50	92.50
Escompte-Gesellschaft, n. ö.	875.—	878.—
Franco-österr. Bank	118.75	119.—
Generalsant.	94.—	94.50
Nationalbank	724.—	726.—
Niederländische Bank	100.75	101.—
Vereinsbank	121.—	122.—
Berlehrsbank	114.—	114.50
Wiener Bank	75.50	76.50

	Geld	Waare
Alsfeld-Hümmer Bahn	175.50	176.—
Böh. Bahn	234.25	234.75
Carl-Ludwig-Bahn	242.—	242.50
Donau-Dampfschiff. Gesellsch.	603.—	605.—
Ferdinand-Nordbahn	2240.—	2245.—
Fürstlich-Fürstl. Bahn	180.—	180.50
Grazer-Bahn	188.—	188.50
Grätz-Josephs-Bahn	—	—

E. Pfandbriefe (für 100 fl.)

Allg. öst. Boden-Credit-Anstalt verlosbar zu 5 p.Ct. in Silber	Geld	Waare
107.—	107.25	
dtlo. in 33 J. rückz. zu 5 p.Ct. in ö. W.	89.90	90.20
Nationalbank auf ö. W. verlost.	97.80	98.—
zu 5 p.Ct.	98.—	99.—
Dest. Hypb. zu 5 1/2 p.Ct. rückz. 1878	98.—	99.—
Ang. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 p.Ct.	90.25	90.75

	Geld	Waare

<tbl_r cells="3" ix="2" maxcspan="1" maxrspan="1" usedcols